

## Fragen des Fairen Handels an die Kandidatinnen und Kandidaten zur Bundestagswahl 2009



**FORUM  
FAIRER  
HANDEL**

[www.forum-fairer-handel.de](http://www.forum-fairer-handel.de)

„**FAIRER HANDEL IST** eine Handelspartnerschaft, die auf Dialog, Transparenz und Respekt beruht und nach mehr Gerechtigkeit im internationalen Handel strebt. Durch bessere Handelsbedingungen und die Sicherung sozialer Rechte für benachteiligte Produzentinnen und Produzenten sowie Arbeiterinnen und Arbeiter – insbesondere in den Ländern des Südens – leistet der Faire Handel einen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung. Fair Handels-Organisationen engagieren sich (gemeinsam mit Verbraucherinnen und Verbrauchern) für die Unterstützung der Produzentinnen und Produzenten, die Bewusstseinsbildung sowie die Kampagnenarbeit zur Veränderung der Regeln und der Praxis des konventionellen Welthandels.“

Auf internationaler Ebene haben sich die großen Dachorganisationen des Fairen Handels auf diese gemeinsame Definition und auf gemeinsame Prinzipien des Fairen Handels verständigt. Sie stellen die Grundlage für alle Aktivitäten der Fair-Handels-Organisationen dar.

### **I. Unterstützung des Konsums fair gehandelter Produkte**

1. Der Faire Handel verzeichnet seit Jahren steigende Umsatzzahlen und erfreut sich einer immer größeren Beliebtheit in der Öffentlichkeit. Gleichzeitig sind in den letzten Jahren immer mehr Systeme entstanden, die unter dem Titel „Nachhaltigkeit“ um die Gunst der Öffentlichkeit buhlen. Dies erschwert es Konsumentinnen und Konsumenten, eine bewusste Kaufentscheidung zugunsten fair gehandelter Produkte zu treffen. Anders als die Bezeichnung „Bio“ ist der Faire Handel nicht auf europäischer Ebene durch eine Richtlinie definiert. Das Europäische Parlament sprach sich 2006 gegen einen bindenden Rechtsakt aus, um Überregulierung zu vermeiden (European Parliament resolution on Fair Trade and development, INI/2005/2245). Die Europäische Kommission teilt diese Position in ihrem im Mai 2009 veröffentlichten Positionspapier zum Fairen Handel (Mitteilung der Kommission, KOM(2009) 215). Darin würdigt die Europäische Kommission den Beitrag des Fairen Handels zu einer nachhaltigen Entwicklung und identifiziert Handlungsbereiche, um den Fairen Handel zu unterstützen.

**Wie kann der Staat fairen Konsum in Deutschland unterstützen?**

**Welche konkreten Maßnahmen halten Sie für erforderlich, um Verbraucherinnen und Verbrauchern eine nachhaltige Kaufentscheidung zu erleichtern?**

2. Mit einem Volumen von etwa 360 Milliarden Euro, das sind etwa 17 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, spielt die öffentliche Hand eine bedeutende volkswirtschaftliche Rolle in wichtigen Märkten für Güter und Dienstleistungen. Vor kurzem trat ein Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts in Kraft, das die Möglichkeiten ausweitet, soziale und ökologische Kriterien in die Auftragsvergabe einzubeziehen (Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts, Bundesrats-Drucksache 35/09). In den Niederlanden hat sich die Regierung bis 2020 das ambitionierte Ziel gesetzt, 100 Prozent der öffentlichen Beschaffung nachhaltig zu gestalten.

**Welchen Stellenwert sollten Ihrer Meinung nach soziale und ökologische Kriterien in der Öffentlichen Beschaffung in Deutschland haben?**

**Wie kann und soll eine nachhaltige Beschaffungspolitik der Öffentlichen Hand gefördert werden? Unterstützen Sie die Forderung nach einem Aktionsplan für soziale und ökologische Beschaffung?**

## **II. Unterstützung für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in Entwicklungsländern**

Die Zahl der weltweit Hungernden wird nach Angaben von FAO-Generalsekretär Jacques Diouf in diesem Jahr trotz sinkender Nahrungsmittelpreise die Milliardengrenze überschreiten. Drei Viertel aller Hungernden leben auf dem Land, also dort, wo Nahrungsmittel produziert werden. Es handelt sich um Kleinbäuerinnen und -bauern und Landlose, die häufig durch neue Industrieansiedlungen und städtisches Wachstum, Großplantagenwirtschaft oder Großprojekte wie Staudämme und Bergbau auf marginale Standorte abgedrängt werden oder ihr Land verlieren. Klimabedingte Naturkatastrophen, wie Dürren, Überschwemmungen und Stürme gehören bereits heute zu den stärksten Faktoren für Armut und Ungleichheit. Als Folge des menschengemachten Klimawandels werden diese extremen Wetterereignisse häufiger auftreten.

1. In der Entwicklung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft sieht auch die von der UN eingesetzte „High Level Task Force on the Global Food Security Crisis“ den Schlüssel zur Bekämpfung des Hungers und viel ungenutztes Potential zur Ertragssteigerung. Kleinräumige und vielfältige Anbausysteme sind besser geeignet, auf die Auswirkungen des Klimawandels zu reagieren, als großflächige Monokulturen. Zu diesem Schluss kommt auch der 2008 vorgelegte Weltagrarbericht, der im Auftrag von Weltbank und UNESCO von 400 Wissenschaftlern aus unterschiedlichen Ländern erarbeitet wurde.

**Welche Maßnahmen halten Sie für geeignet, um die Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern zu erhöhen und den Hunger in der Welt zu bekämpfen?**

**Welche Rolle spielen Kleinbäuerinnen und -bauern Ihrer Meinung nach für die Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern?**

2. Der Faire Handel schafft Perspektiven für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern. Insbesondere unterstützt der Faire Handel Frauen in Entwicklungsländern, die einen wesentlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung der (Land-) Wirtschaft in ländlichen Gebieten leisten. Der Faire Handel fördert den ökologischen Anbau durch Bio-Aufschläge und Beratung. Außerdem schützt der Faire Handel Kleinproduzentinnen und -produzenten zum Beispiel durch feste, hohe Preise vor den Folgen der Spekulation auf Agrarrohstoffe.

**Was kann bzw. soll die staatliche Entwicklungszusammenarbeit leisten, um die kleinbäuerliche Landwirtschaft in Entwicklungsländern zu fördern?**

**Sehen Sie Synergieeffekte in einer stärkeren Kooperation von staatlicher Entwicklungszusammenarbeit und dem Fairen Handel? Wenn ja, wie könnte diese Kooperation konkret aussehen?**

3. Die Nahrungsmittelproduktion vieler Entwicklungsländer gerät auch durch billige, subventionierte Importe aus den Industrieländern unter Druck. Viele entwicklungspolitische NRO fordern deshalb, die Schutzmöglichkeiten für Entwicklungsländer auszubauen, anstatt sie durch Regeln der WTO oder der EPAs weiter fast unmöglich zu machen. Der Welthandel mit Agrarprodukten und die Agrarpolitik der EU haben große Auswirkungen auf die Situation von Kleinbäuerinnen und -bauern und die Ernährungssicherheit.

**Welche handelspolitischen Maßnahmen (z. B. Importzölle, -quoten, Exportstopps oder Möglichkeiten der Investitionssteuerung für ausländische Konzerne) halten Sie für geeignet, um die Ernährungssicherheit zu erhöhen? Was werden Sie auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene unternehmen, um diese Maßnahmen umzusetzen?**

**Wo sehen Sie Möglichkeiten durch eine Veränderung der EU-Agrarpolitik die Rahmenbedingungen für Kleinbäuerinnen und -bauern in Entwicklungsländern zu verbessern? Inwiefern werden Sie sich für eine entsprechende Gestaltung der europäischen Agrarpolitik einsetzen?**

4. Der Klimawandel wurde hauptsächlich durch die Industrieländer und ihre Produktions- und Wirtschaftsweise verursacht. Betroffen sind aber insbesondere diejenigen, die am wenigsten Verantwortung für die globale Erwärmung tragen und schon jetzt ein Leben in Armut führen. Ohne Ersparnisse, Saatgutspeicher, Versicherungen, soziale Sicherungssysteme und passende Bewältigungsstrategien können sie die Folgen am wenigsten bewältigen (vgl. „Climate Change, Food Security and the Right to Adequate Food“; Brot für die Welt/Germanwatch/Diakonie Katastrophenhilfe 2008). Da die globalen Folgen des Klimawandels nur durch die Staatengemeinschaft gemeinsam bewältigt werden können, werden Ausgleichsmaßnahmen für Entwicklungsländer gefordert.

**Welche Schritte werden Sie unternehmen, um Menschen in Entwicklungsländern ausreichend Mittel für die Anpassung an den Klimawandel zur Verfügung zu stellen?**

**Was ist Ihr finanzielles Ziel für diese Mittel (in % des BIP der Bundesrepublik Deutschland bis wann)? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass diese Mittel zusätzlich zu den bereits zugesagten 0,7% (ab 2015) für die öffentliche Entwicklungsfinanzierung bereitgestellt werden? Wenn ja, was tun Sie, um dies sicherzustellen?**

5. Die Einführung von Finanzierungsmechanismen und neuen Technologien, um dem Klimawandel zu begegnen, können wirkungslos bleiben, wenn die Betroffenen nicht bei der Umsetzung einbezogen werden (vgl. auch: VENRO: Positionspapier zu den Folgen des Klimawandels aus entwicklungspolitischer Sicht; VENRO-Forderungen zu den Wahlen des Europäischen Parlaments 2009).

**Welche Schritte werden Sie unternehmen, um sicherzustellen, dass benachteiligte Menschen und zivilgesellschaftliche Organisationen an der Planung und Umsetzung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel beteiligt werden?**

### **III. Unterstützung von ehrenamtlichem Engagement und Lebenslangem Lernen**

Der sogenannte "Dritte Sektor" (nicht-staatliche und nicht-private Organisationen, auch bekannt unter Namen wie "Non-Profit-Organisationen", "Non-Governmental-Organisationen", "Nicht-Regierungs-Organisationen", "gemeinnützige Organisationen") hat in Deutschland eine Größe von 4,9% des BIP. Berücksichtigt man die Wirtschaftskraft der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommt man auf 8% (vgl. Annette Zimmer und Eckhard Priller, Der Dritte Sektor in Deutschland: Wachstum und Wandel. In: Gegenwartskunde, Jg. 50, Heft 1, S. 121-147).

1. Neben dem Staat und der Privatwirtschaft stellt der Dritte Sektor mit den gemeinnützigen Organisationen eine relevante Größe dar. Gerade angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise wäre es denkbar, den Dritten Sektor im Verhältnis zum Staat und der Privatwirtschaft gezielt zu fördern.

**Welche Bedeutung messen Sie dem Dritten Sektor bzw. den gemeinnützigen Organisationen in Deutschland zu?**

**Welche konkreten Maßnahmen zur Stärkung des Dritten Sektors sind Ihrer Meinung nach vorstellbar?**

2. Die rechtliche Stellung von Ehrenamtlichen ist oftmals sehr unsicher. Ehrenamtliche haften bei Schäden mit ihrem Privatvermögen und sind bei der Ausübung ihrer Tätigkeit oftmals nicht versichert.

**Welche Schritte werden Sie unternehmen, um die rechtliche Stellung von Ehrenamtlichen zu verbessern? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass für ehrenamtlich Tätige eine gesetzliche Haftpflicht- und Unfallversicherung etabliert wird, deren Kosten durch den Bund getragen werden?**

**3.** Die Fair-Handels-Bewegung sieht seit ihren Anfängen in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit eine wichtige Säule ihrer Arbeit. Daneben bietet die ehrenamtliche Tätigkeit in den Weltläden und Fair-Handelsgruppen besondere Potenziale für lebenslanges Lernen (vgl. BMBF: Empfehlungen des Innovationskreises Weiterbildung für eine Strategie zur Gestaltung des Lernens im Lebenslauf, 2008). 800 Weltläden und geschätzte 5.000 Fair-Handelsgruppen sind non-formale Settings, in denen über 50.000 ehrenamtlich Engagierte aller Altersgruppen im informellen Lernen Kompetenzen erwerben. Dabei geht es nicht nur um Inhalte entwicklungspolitischer Bildung, sondern es werden auch betriebswirtschaftliche Kenntnisse und Schlüsselkompetenzen erworben - Kompetenzen, die zum Beispiel bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz oder für den Wiedereinstieg in eine Berufstätigkeit nützlich sein können und zur Teilhabe an gesellschaftlichen und politischen Prozessen befähigen. Festgehalten werden muss allerdings, dass die Begleitung des informellen Lernens im Bereich des Fairen Handels durch Beratung und Weiterbildungsangebote bisher nur punktuell und auf der Grundlage unsicherer Finanzierung erfolgt.

**Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um das Lebenslange Lernen in Weltläden und Fair-Handelsgruppen kontinuierlich und nachhaltig zu unterstützen?**